Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

36. Sitzung (08.07.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

36. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 8. Juli 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Finanzminister Dr. Wirth, die Ministerialräte Franz, Föhrenbach und Dr. Steinbrenner; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Belzer, Dietrich, Duffner, Geck, Geiß, Hamann, Krischbach, Müller-Schopfheim, Otto, Saenger Stockinger, Trunk, Venedey und Vogel.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

* **Kurze Anfrage der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Viehhaltung (Pensionskühe) betr.**

Hierauf

1. **Zweite Beratung über den Antrag (Gesetzesvorschlag) der Abgg. Dr. Bernauer u. Gen., die Ergänzung des Verwaltungsgebührengesetzes betr.** (Drucks. Nr. 38 a),
   Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg.

**2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Heurich u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Drucks. Nr. 10 a),

und damit in Verbindung:

3. **Mündlicher Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über die Bitte des Bad. Landeswohnungsvereins und des Bad. Landesverbands deutscher Bodenreformer, die Organisation für das Wohnungswesen betr.,**
   Berichterstatter Abg. Geck.
4. **Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Roesch u. Gen., die Lebensmittelfrage, hier die Einfuhr von Wein aus der Schweiz betr.** (Drucks. Nr. 9 d).
5. **Mündliche Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung über**
   a. **das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr.** (Drucks. Nr. 25),
   Berichterstatter Abg. Strobel;
   b. **die Bitte der Vereinigung technischer Vereine in Karlsruhe, die Techniker in den städt. Verwaltungen betr.,**
   Berichterstatter Abg. Dr. Leser.
6. **Berichte der Petitions-Kommission und Beratung über die Petitionen**
   a. **des Michael Kuhn in Friedrichsfeld um vorzeitige Entlassung seines Sohnes aus der Schule,**
   Berichterstatter Abg. Ihrig;
   b. **des Adam Weber in Oberdielbach im gleichen Betreff,**
   Berichterstatter Abg. Ihrig;
   c. **des früheren Radschuhlegers Heinrich Kraft in Seckenheim um Wiederverwendung im Eisenbahndienst,**
   Berichterstatter Abg. Bechtold.

*) Weitere Kurze Anfrage (Hahn u. Gen., Zementausfuhr betr.) siehe im Text des Protokolls.
**) Der Gegenstand unter Ziffer 2 der Tagesordnung wurde zurückgezogen (s. Text des Protokolls).

Die Sitzung wird eröffnet nach 1/2 5 Uhr.

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

A. Petitionen:

1. Bitte der Gemeinderäte Weinheim, Gorxheim, Unterabsteinach und Trösel um Einrichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Weinheim — Trösel;
2. Bitte der Landesvereinigung badischer Lehramtspraktikanten um Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der letzteren;
3. Bitte des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Karlsruhe, um baldigste Schaffung eines Heimstättengesetzes zur Hebung der Wohnungsnot.

   Es werden die Eingaben unter: 1 und 2 der Haushaltskommission, 3 der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

B. Sonstige Eingänge aus Volkskreisen:

1. Telegraphische Eingabe des Verbands südwestdeutscher Industrieller gegen die beabsichtigte

Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuerzuschläge.

Dieselbe wird der Haushaltkommission überwiesen.

2. Denkschrift des Oberkriegsgerichtsrats Dietz in Rastatt gegen die Aufhebung oder Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit.

Die Gabe wird verdankt und im Hause aufgelegt.

C. Mitteilungen der Regierung:

1. Schreiben des Staatspräsidenten vom 4. Juli 1919, die Geschäftsführung der Oberrechnungskammer betr.
2. Schreiben des Ministeriums des Innern vom 1. Juli 1919, die Kosten der Volkswehr, hier die Erhöhung der Tagegelder der Volkswehr in Pforzheim betr.

   Die Vorlage unter 1 gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 29a); beide Mitteilungen gehen gleich den bereits vorliegenden einschlägigen Gegenständen an die Haushaltskommission.
3. Schreiben des Finanzministers vom 7. Juli 1919 mit einem Gesetzentwurf, die Übernahme von Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamten sowie von Angehörigen der elsaß-lothringischen Landesverwaltung in den badischen Staatsdienst betr.

   Diese Vorlage gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 41) und wird k. H. an die Haushaltskommission überwiesen.

D. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Verhinderungsanzeigen der Abgg. Geck, Habermehl (für morgen), Hamann u. Krischbach wegen dringender anderweiter Geschäfte.

   Der erbetene Urlaub wird erteilt.
2. Kurze Anfragen
   a. der Abgg. Hahn u. Gen., die Ausfuhr von Zement betr.,
   b. der Abgg. Dr. Gothein u. Gen., den Professor Valentin in Freiburg und die Disziplinarverhältnisse der nichtetatmäßigen Dozenten an den Hochschulen betr.

   Die letztere Anfrage geht zunächst an die Regierung, während die erstere noch heute ihre Erledigung finden soll (s. Seite 118).
3. Interpellation der Abgg. Ziegelmaier-Oberkirch u. Gen., die Dienst- und Einkommensverhältnisse der Straßenwärter betr.

   Diese gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 43) und geht ebenfalls zunächst an die Regierung.
4. Anträge
   a. der Abgg. Schön u. Gen., die Zuchttierhaltung betr. (Nr. 8i),
   b. der Abgg. Heurich u. Gen., Baumaterialienstatistik betr. (Nr. 42).

   Die Anträge gelangen unter den angegebenen Nummern zum Druck und wird jener unter a. k. H. an die Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen, während derjenige unter b ohne Kommissionsberatung im Hause verhandelt werden soll.

(Weiteren Eingang siehe im Text des Protokolls.)

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Abg. Dr. Koenigsberger verliest zunächst folgende Kurze Anfrage:

„Ist die Regierung bereit, gegen das Halten von Kühen (Pensionskühen) durch Nichtlandwirte umgehend tatkräftig einzuschreiten?"

Ministerialrat Föhrenbach beantwortet die Anfrage.

Nunmehr folgt die

eigentliche Tagesordnung

und zwar:

Ziffer 1: Zweite Beratung über den Gesetzesvorschlag, die Ergänzung des Verwaltungsgebührengesetzes betr. (Drucks. Nr. 38a).

Abg. Schneider-Heidelberg wiederholt auf Grund seines ersten Berichts den Antrag, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Er bemerkt dabei, daß das Gesetz als Abgabengesetz gemäß § 23 Abs. 3 der Verfassung der Volksabstimmung nicht unterliege.

In der eröffneten Beratung des Gesetzentwurfs, der nur eine einzige Bestimmung enthält, ergreift niemand das Wort.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wird derselbe mit allen (80) abgegebenen Stimmen angenommen.

Hierauf gibt der Präsident den Eingang eines Schreibens des an Stelle des ausgetretenen Abg. Spieß einberufenen Gewerkschaftsbeamten Valentin Hauer bekannt, in welchem derselbe wegen Geschäftsüberlastung auf das Mandat verzichtet.

Der Präsident stellt fest, daß als Ersatzmann Schlosser und Kreisabgeordneter Karl Wehner in Mannheim in Betracht kommt, und wird ermächtigt, denselben einzuberufen.

Zu der nun folgenden

Ziffer 2 der Tagesordnung: Interpellation der Abgg. Heurich u. Gen., die Wohnungsfrage betr. (Drucks. Nr. 10a),

gibt der Präsident bekannt, daß dieselbe von den Interpellanten zurückgezogen worden ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Es folgt

Ziffer 3: Bitte des Badischen Landeswohnungsvereins und des Badischen Landesverbands des Bundes deutscher Bodenreformer, die Organisation des Wohnungswesens betr.

An Stelle des verhinderten Abg. Geck erstattet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung der Abg. Kahn den mündlichen Bericht und stellt den Antrag:

„der Landtag wolle beschließen, daß die beiden Petitionen als durch das Gesetz vom 2. April 1919 über den Geschäftskreis der Ministerien, den Ministerialerlaß vom 24. April 1919 und die Regierungserklärung vom 10. Juni 1919 erledigt erklärt werden."

In der eröffneten Beratung ergreift niemand das Wort.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

Es folgt

Ziffer 4: Interpellation der Abgg. Roesch u. Gen., die Lebensmittelfrage, hier die Einfuhr von Wein aus der Schweiz betr. (Drucks. Nr. 9d).

Abg. Roesch begründet, Ministerialrat Dr. Steinbrenner beantwortet die Interpellation.

In der gewünschten Besprechung erhalten das Wort die Abgg. Spang (der Präsident rügt den mit Bezug auf die Zentral-Einkaufsgesellschaft gebrauchten Ausdruck „Zionistische Erdrosselungsgesellschaft"), D. Holdermann, Hartmann, Großhans und nochmals Hartmann.

Hierauf wird die Besprechung geschlossen. Abg. Roesch erhält das Schlußwort und bringt am Ende seiner Ausführung einen Antrag der Abgg. D. Holdermann, Roesch, Spang, Massa und Großhans ein, welcher durch seinen Vortrag bereits begründet ist und lautet:

„Im Anschluß an die heutige Aussprache über die Interpellation Roesch u. Gen. in Sachen der ausländischen Lebensmittel wird die Regierung nochmals aufgefordert, ungesäumt in weitere Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten zwecks sofortiger vorübergehender Aufhebung des Zolls im kleinen Grenzverkehr."

Daraufhin beschließt das Haus, die Besprechung der Interpellation wieder aufzunehmen; es ergreift aber niemand das Wort; auf das Schlußwort wird verzichtet.

Mit Zustimmung des Hauses (vgl. § 45 Gsch.-Ordg.) wird hierauf alsbald über den Antrag abgestimmt und derselbe einstimmig angenommen.

Nunmehr wird mit Unterbrechung der Tagesordnung zur Erledigung der im Eingang (D Ziff. 2) genannten Kurzen Anfrage Hahn u. Gen. wegen Ausfuhr von Zement geschritten. Dieselbe lautet:

„Ist der Regierung bekannt, daß trotz des bestehenden großen Mangels an Zement von Mannheim 2000 Tonnen zu Schiff nach Holland ausgeführt werden sollten? Welche Maßnahmen hat die Regierung hiergegen ergriffen?"

Arbeitsminister Rückert beantwortet die Anfrage.

Nun folgt

Ziffer 5a der Tagesordnung: Provisorisches Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr. (Drucks. Nr. 25).

Abg. Strobel erstattet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung den mündlichen Bericht. Der Kommissionsantrag geht dahin:

„dem provisorischen Gesetz vom 28. Oktober 1918 die Zustimmung mit der Maßgabe zu erteilen, daß in Artikel 1 Ziffer 1 an Stelle der Zahl 60 die Zahl 100 zu setzen und in Artikel 1 Ziffer 2 der letzte Halbsatz „doch darf dem Umlagebedarf ein höherer Zuschlag als 50 v. H. nur mit diesem Betrag zugerechnet werden" zu streichen ist.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort die Abgg. Helffrich und Schön.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen; der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

In der nun folgenden Einzelberatung, in der der Präsident Ueberschrift und Einleitung sowie die einzelnen Artikel und Ziffern des Gesetzes der Reihe nach aufruft, ergreift nur zur Einleitung der Abg. Dr. Glockner das Wort. Er macht mit Rücksicht darauf, daß es sich infolge der von der Kommission beantragten Aenderungen um ein ganz neues Gesetz handelt, auf das Erfordernis einer entsprechenden Aenderung der Einleitung aufmerksam und verbindet damit den Vorschlag, dem Hause für die zweite Beratung einen diesem Erfordernis und den beschlossenen materiellen Aenderungen entsprechenden Neudruck vorzulegen.

Ein dementsprechender Antrag der Abgg. Strobel, Dr. Leser und Straub, die Einleitung folgendermaßen abzuändern:

„das badische Volk hat durch den Landtag am . . . . . folgendes Gesetz beschlossen:"

welcher Antrag mit Zustimmung der Antragsteller und des Hauses vom Präsidenten noch hinsichtlich der Ueberschrift (Wegfall bis auf den Betreff und das Wort „Gesetz") und der Schlußformel (Wegfall) ergänzt wird, findet einstimmige Annahme und ebenso das Gesetz selbst.

Desgleichen ergibt die namentliche Abstimmung die Annahme des Gesetzes mit allen (61) abgegebenen Stimmen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Es folgt

Ziffer 5b: Petition der Vereinigung technischer Vereine in Karlsruhe, die Techniker in den städtischen Verwaltungen betr.

Abg. Dr. Leser erstattet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung den mündlichen Bericht und stellt den Antrag:

die Petition der Regierung als Material mit Rücksicht auf die in Angriff genommene Reform der Gemeinde- und Städteordnung zu überweisen.

In der Beratung ergreift niemand das Wort.

Der Kommissionsantrag wird vom Präsidenten für angenommen erklärt.

Es folgen

Ziffer 6a und b: Petition des Michael Kuhn in Friedrichsfeld um vorzeitige Entlassung seines Sohnes aus der Schule und die Petition des Adam Weber in Oberdielbach, gleichen Betreffs.

Der Präsident macht unwidersprochen den Vorschlag, die beiden Petitionen gemeinschaftlich zu behandeln, und erteilt dem Berichterstatter Abg. Ihrig das Wort. Die Anträge der Petitionskommission gehen dahin:

a. über die Petition des M. Kuhn zur Tagesordnung überzugehen,

b. die Petition des Adam Weber als durch die inzwischen eingetretene Schulentlassung des Sohnes erledigt zu erklären.

In der eröffneten Beratung ergreift niemand das Wort. Die Anträge der Kommission werden vom Präsidenten für angenommen erklärt.

Zu Ziffer 6c: Petition des Heinrich Kraft in Seckenheim

erhält an Stelle des verhinderten Berichterstatters Abg. Bechtold der Abg. Großhans das Wort.

Der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung, wozu in der eröffneten Beratung niemand das Wort ergreift, wird für angenommen erklärt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Der Präsident wird nach seinem Vorschlag ermächtigt, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Schluß der Sitzung nach ½8 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: Karl. v. Gleichenstein.

---

37. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 22. Juli 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rückert, Finanzminister Dr. Wirth, Zoll- u. Steuerdirektor Geh. Rat Schellenberg, Ministerialdirektor Geh. Oberfinanzrat Moser und Ministerialrat Franz; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Belzer, Dietrich, Duffner, Geiß, Hahn, Helffrich, Hummel, Kieslich, Koelblin, König, Dr. Leser, Otto, Roesch, Saenger, Schneider-Freiamt, Siebert, Trunk und Venedey.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Kurze Anfragen

a. des Abg. Wittemann, die Sozialisierung der Apotheken betr.,

b. der Abgg. Herbster u. Gen., die Verleihung von Personalkonzessionen für Apotheken betr.,

***c. der Abgg. Marzloff u. Gen., die Apothekenkonzessionen und die Fürsorge für die Apothekergehilfen betr.**

Hierauf

†1. Zweite Beratung über das provisorische Gesetz, die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit betr. (Drucks. Nr. 25 und 25a),

Berichterstatter Abg. Strobel.

2. Mündlicher Bericht der Haushalts-Kommission und Beratung über den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Drucks. Nr. 16e) **samt Petitionen.**

(Antrag s. Drucks. „Zu Nr. 16e"), Berichterstatter Abg. Goehring,

und damit in Verbindung:

***3. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Schofer u. Gen., die Reichssteuerverwaltung betr.** (Drucks. Nr. 16e).

---

*) Die Kurze Anfrage unter Buchst. c und Punkt 3 stehen nicht auf der ausgegebenen Tagesordnung.

†) Der Gegenstand unter Ziff. 1 wurde während der Beratung von der Tagesordnung abgesetzt. (s. Text des Prot.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg